



JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALIST:INNEN
BERLIN-BRANDENBURG

EUROPA IST,
WAS WIR DARAUS
MACHEN.

JOIN US!

Das war die **SIMEP 2023** – eines der größten europapolitischen Planspiele in Deutschland. Und ihr ward dabei!

Ihr brennt für Europa?

Die **Jungen Europäischen Föderalist:innen** Berlin-Brandenburg sind Teil eines europaweiten JEF-Netzwerks – mit über 20.000 Mitgliedern in 30 Ländern. Unser Ziel: Die Vereinigten Staaten von Europa sollen Realität werden. Dafür kämpfen wir.

Wir bringen junge Menschen aus Berlin und Brandenburg zusammen, die sich politisch engagieren möchten. Gemeinsam werben wir für Vielfalt und Einigkeit in einem föderalen Europa – und machen progressive Vorschläge für eine Reform der EU.



The Federalist

SIMEP - Simulation Europäisches Parlament 2023



Debatte der Abgeordneten im Plenum über EU-Sanktionen gegen China.

Quelle: T. von dem Berge

„Die Zustände in den chinesischen Provinzen sind unhaltbar. Es ist an der Zeit, dass die EU eine klare Haltung einnimmt. Lassen Sie uns sicherstellen, dass wir nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten handeln.“

Moritz Gampe (EVP)

China-Sanktionen beschlossen.

Die Abgeordneten beschließen Sanktionen gegen China und entscheiden sich zugunsten der Menschenrechte, aber unter Inkaufnahme von wirtschaftlichen Nachteilen.



Ein Bericht von
Makka Gayrbekova
und Liana Büchert



Chinasanktionen Diese Woche hat sich das EU-Parlament entschieden, Sanktionen gegen China zu verhängen. Ein erster Entschließungsantrag sah vor, dass gegen alle Personen und Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und Tibet beteiligt sind, Sanktionen verhängt werden sollen. Sanktionen dienen als Druckmittel gegenüber einem anderen Staat oder einer Organisation, um einen bestimmten Zweck zu erreichen. Seit längerer Zeit verletzt das Regime in China die Menschenrechte seiner Bürger*innen. Immer wieder tauchen Berichte über die Unterdrückung der uigurischen Minderheit in der Region Xinjiang auf, über die fehlende Meinungsfreiheit, Inhaftierungen und Überwachung. Die chinesische Regierung geht gegen regierungskritische Journalisten, Anwälte und Aktivisten vor. Der Antrag zielt darauf, dass China

die international geltenden Menschenrechte einhält und fordert dafür Sanktionen. Im Europäischen Parlament ist das Thema jedoch umstritten. Die Linke präsentierte am Samstag vor der finalen Abstimmung eine alternative Lösung: Die Abgeordneten der Fraktion kritisierten, dass Sanktionen bisher dazu geführt hätten, „dass China eher aggressiver wird. Im Unterausschuss für Menschenrechte forderten sie, statt den Sanktionen eine diplomatische Lösung zu finden. Der Antrag wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt. Die EVP dagegen plädiert für einen härteren Kurs: Die Christdemokraten befürworten Sanktionen und möchten verhindern, dass Produkte, die unter Zwangsarbeit hergestellt wurden, nicht in Länder innerhalb der EU importiert werden. Zwischen Sanktionen und einer diplomatischen Lösung sieht die EVP keinen Widerspruch. Sanktionen seien vielmehr ein Druckmittel, um langfristig eine diplomatische Lösung zu finden. Die wirtschaftliche Nähe und die

vielfältigen Handelsbeziehungen zu China, sehen auch die Grünen. China ist und bleibt ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft der EU-Mitgliedsstaaten. Dennoch: Die Grünen machen deutlich, dass im Falle von Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt werden müssen, was eine diplomatische Lösung nicht ausschließt. Ein Weg, das teilt die Fraktion am Samstag mit, könnte sein, die Lieferketten von Produkten, die in der EU verkauft werden, genauer in den Blick zu nehmen. Unternehmen müssten Verantwortung für die gesamte Lieferkette übernehmen, um gegen unterbezahlte Jobs und Menschenrechtsverletzungen, auch in China, anzukämpfen. 2020 hat die EU die Möglichkeit von globalen Menschenrechtssanktionen eingeführt. Die deutsche Bundesregierung schreibt in ihrer China-Strategie, die sie im Juli vorgestellt hat, sie „unterstütze deren Anwendung bei schweren Menschenrechtsverletzungen auch in China“. Sie begründet dies nicht nur mit der grundsätzlichen Verpflichtung, die Menschenrechte zu

achten, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht: „Aus der Verletzung von Menschenrechten dürfen keine Wettbewerbsvorteile entstehen.“ Sanktionen können ganz unterschiedlich aussehen: Häufigste Gründe, dass die EU Sanktionen verhängt, sind Terrorismusverdacht und Menschenrechtsverletzungen. Konkrete Strafmaßnahmen sind beispielsweise: Waffenembargos, eine Einreisebeschränkung, wie sie in der EU gegenüber Russland verhängt wurde, das Einfrieren der Vermögenswerte und auch Wirtschaftssanktionen. Wirtschaftssanktionen umfassen nicht nur der Import und Export von Waren, sondern auch das Verbot bestimmter Dienstleistungen in dem von Strafmaßnahmen verhängten Land. Das Parlament hat sich entschieden: Die EU fährt künftig einw härteren Kurs gegenüber der Volksrepublik.



Die EU schaut weg!

China-EU-Beziehungen: Die EU muss handeln, um ihre Glaubwürdigkeit zu retten! Den Worten müssen endlich Taten folgen.



Der Leitartikel von
Eloise Derveaux-Palmer und Luise
Lotte Middendorff

Endlich. Das EU-Parlament diskutiert die Menschenrechtslage in China – zum Glück sparen die Abgeordneten nicht an scharfen Worten. Seit zwei Tagen setzt sich das EU-Parlament damit auseinander, ob die EU es sich weiter leisten kann, derart abhängig von Chinas Wirtschaft zu sein.

Es ist in unserer gegenwärtigen Welt alternativlos, dass sich die EU mit ihrer wirtschaftlichen Kraft für die Menschenrechte einsetzt. Diese härtere Linie muss auch hinsichtlich Taiwans Unabhängigkeit gelten.

Deutschland hat hier eine besondere Verantwortung. Das Land im Herzen Europas ist einer der abhängigsten Handelspartner Chinas. Laut der Standard Chartered Studie „Future of Trade 2030“ nimmt der Handel mit China bis 2030 sogar noch zu.

Deutschland ist eines der einflussreichsten Länder in der EU, nicht zuletzt mit 96 von 705 Sitzen im EU-Parlament – und das heißt Verantwortung. Es liegt auf der Hand, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands dafür sorgt, dass die EU bislang keine drastischeren Maßnahmen wie effektive Sanktionen und Boykotte unternimmt. Deutschland ist ein Bremser.

Doch auch im EU-Parlament ringen die Abgeordneten um das Thema: Fraktionen wie S&D und Renew Europe wollen China auf keinen Fall als Handelspartner verlieren. China ist Hauptinvestor vieler Unternehmen in der EU. Daran hängen viele

Arbeitsplätze! Ein Viertel der Importe der EU kommen aus China, davon viele Rohstoffe, wie beispielsweise Lithium.

Nur opfern wir dafür die Menschenrechte in China? Seltene Erden können auch aus anderen Ländern erworben werden. Bei Mikrochips und Autobatterien muss die EU autonomer werden; viele der Produkte werden in Taiwan hergestellt. Ein Argument mehr, dass die EU die Unabhängigkeit Taiwans und den Aufbau einer Demokratie stärker unterstützt als bisher. Nur so gelingt es, die wirtschaftlichen Verflechtungen mit China abzubauen.

Hier macht sich die EU fast lächerlich, wenn sie einerseits bei jeder Gelegenheit für Menschenrechte plädiert und dennoch immer weiter die Beziehungen zu China fördert. Dass die EU mit Diplomatie und netten Worten spielt, um ihren wirtschaftlichen Gewinn beizubehalten, ist typisch – aber inakzeptabel!

China wendet gegenüber Taiwan die sogenannte „Sharp-Power“-Politik ein – eine Form der Politik, die genutzt wird, um ein anderes Land stark zu beeinflussen oder zu unterdrücken. Es ist ein Pulverfass, das jederzeit eskalieren könnte.

Die EU hat die Möglichkeit, China unter Druck zu setzen, denn die EU ist Chinas größter Abnehmer von Waren. Eine Sanktionierung oder ein Boykott dieser Waren würde China hart treffen.

Die EU als starke politische Kraft ist nicht abhängig von China. Die EU-Fraktionen machen sich von China abhängig, wenn sie Menschenrechte opfern, aus Angst, China als Wirtschaftspartner zu verlieren. Die EU darf sich durch diese Angst nicht lähmen. Eine neue – harte – Linie gegenüber China ist alternativlos.

Impressum

Chefredakteur: Eloise Derveaux-Palmer

Chef vom Dienst: Luc Burgmer

Redaktion: Marla Adler, Paul Ahle, Lucas Blum, Kira Buzova, Liana Büchert, Marlene Frisch, Makka Gayrbekova, Nika Hänsch, Alea Kaschel, Luise Lotte Middendorff, Liam Schöngraf, Josef Pfundt

Herausgeber:

Sara Abschütz, Moritz Baumann, Jill Louisa Döring, Juliane Matz, Valeria Mocan, Sarah Puck, Lisa Weizendörfer, Alina Wenger für Junge Europäische Förderalist:innen Berlin-Brandenburg e.V. Chausseestraße 84, 10115 Berlin

V.i.s.d.P.: Dominik Geier



Fraktionsbarometer

Die Europäische Union ist erst dann wirtschaftlich wirklich souverän, wenn sie sich von der chinesischen Abhängigkeit bei der Produktion von Batterien und Mikrochips emanzipiert. Durch die Kontrolle über diese Schlüsseltechnologien kann Europa seine Zukunft selbstbestimmt gestalten.



„Schlüsseltechnologie in Europa sind notwendig, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit in Bezug auf China zu gewährleisten.“

Die Linken sprechen sich gegen eine einseitige Abhängigkeit Europas von China aus und ziehen eine Übertragung der Abhängigkeit an öffentlich-rechtlichen Institutionen in Betracht.

Die Fraktion hat sich bereits ein Konzept zur Eindämmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgedacht. Es soll eine Untergrenze von 50 Prozent innerhalb von den nächsten acht Jahren angestrebt werden. Dabei beginnen Sie mit einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von 73 Prozent und wollen jährlich den Prozentsatz von 73 Prozent um drei Prozent verringern. Am Ende soll die geplante Untergrenze erreicht werden. Weiterhin denken Sie, dass die benötigten finanziellen Mittel und Ressourcen allerdings nur bedingt vorhanden sind.



„Eine komplette Unabhängigkeit von China ist nicht notwendig, um wirtschaftlich souverän zu sein, allerdings ist eine gesunde Zusammenarbeit wünschenswert.“

Die Grünen unterstützen die Unabhängigkeit Europas von China, lehnt China jedoch nicht grundsätzlich als Handelspartner ab, sondern fordert nur kurzfristige, anstatt langfristige Abhängigkeiten. Wie allerdings die kurzfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China aussehen soll, dazu konnte sich die Fraktion der Grünen bis Redaktionsschluss nicht äußern.



„Dies ist zutreffend, die Renew Europe-Fraktion arbeitet seit geraumer Zeit an der Umsetzung.“

Die Fraktion Renew Europe fordert die Unabhängigkeit Europas von China und sieht Taiwan als „Ersatz-Handelspartner“. Sie würden Initiativen von nationalen Unternehmen finanziell unterstützen, sehen das Ziel der Unabhängigkeit zum jetzigen Zeitpunkt, jedoch nicht als zukunftsfähig. Die Freiheit der Bürger in der Europäischen Union stehen allerdings im Vordergrund, dies teilte die Fraktion mit.



„Wir wollen langfristige und wirtschaftliche Unabhängigkeit von China erreichen, indem wir mit Investitionen die heimische Industrie, gerade auch im Bereich Technologie, stärken.“

Die EVP fordert weniger Abhängigkeit Europas von China, stemmt sich jedoch von Verbot, oder Einschränkungen. Besser seien konkrete Handelsabkommen, um den Import von Batterien und Mikrochips durch andere Länder zu ermöglichen.



„Die S&D-Fraktion findet die Abhängigkeit der EU von China im wirtschaftlichen Bereich, in Bezug auf Batterie- und Mikrochip-Herstellung, zu hoch.“

Der Fokus muss darauf liegen- die zwanghafte Produktion auf eine unionsinterne Ebene zu verlagern. Nach Auffassung der S&D sind die benötigten Ressourcen und finanzielle Mittel für diese Umsetzung vorhanden. S&D betont, die Menschenrechte der chinesischen Bürger*innen seien unverhandelbar und fordert dahingehend entsprechende Sanktionen. Die EU dürfte es jedoch nicht übertreiben und den Sanktionsgürtel nicht zu eng schnüren.



„Es ist von hoher Bedeutung, sich von der Abhängigkeit von China zu lösen und stattdessen Taiwan als Alternative in Betracht zu ziehen.“

Die Fraktion hat sich als Ziel vorgenommen alternative wirtschaftliche Kontakte zu stärken. Ein ausschlaggebendes Element sei, im Hinblick auf die Menschenrechtsverletzungen, Sanktionen gegen China verhängen. Wie genau eine Verlagerung der Produktion von Batterien und Mikrochips nach Europa allerdings erfolgen soll, konnte die EKR-Fraktion auf Nachfrage nicht erklären.

Handelspartner China wird immer unbeliebter

Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China von EU-Seite unerwünscht und mehr Sanktionen gegenüber China sollen verhängt werden

Wie werden Sanktionen in der EU verhängt?

Ziel von Sanktionen kann sein, ein Land dazu zu bringen, bestimmte politische Entscheidungen zu treffen, die Menschenrechte zu respektieren oder internationale Gesetze einzuhalten. In der EU sieht der Prozess wie folgt aus:

Die Mitgliedstaaten beraten und einigen sich auf gemeinsame Sanktionen im Rat der Europäischen Union. Dafür legen die Mitgliedsstaaten die Art der Sanktionen, die betroffenen Personen oder Entitäten und die rechtliche Grundlage fest. Der Rat nimmt die Sanktionen mit Mehrheit an und die einzelnen Mitgliedsstaaten stehen in der Pflicht, die Sanktionen umzusetzen und zu überwachen.

Wie wichtig ist China als Handelspartner in der EU?

Laut dem Statistischen Bundesamt ist China der wichtigste Handelspartner der Europäischen Union. 2021 wurden zwischen China und der EU, Waren im Wert von 696 Milliarden Euro gehandelt, also -Importe und Exporte. Das entsprach 16 Prozent des gesamten EU-Warenverkehrs. Zudem hat die Volksrepublik China einer der größten Absatzmärkte weltweit, weswegen sie ein wichtiger Handelspartner der EU darstellt. Sowohl China als auch die EU profitieren von den Handelsbeziehungen. China benötigt den Zugang zu hochwertigen europäischen Produkten, Technologien und Dienstleistungen, während die EU von Chinas Wirtschaftswachstum profitiert.

Warum ist die Zusammenarbeit mit China herausfordernd?

Problematisch, auch für die Abgeordneten im EU-Parlament, sind die Menschenrechtsverletzungen, die in China nachgewiesen sind, und den Werten der EU fundamental widersprechen. Die unterschiedlichen politischen Systeme und Werte zwischen der EU und China führen zu Konflikten in Fragen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und individuellen Freiheiten.

“Junge Menschen sollten verstehen, dass es ihr Europa ist.”

Im Juni stehen Europawahlen an; erstmals dürfen auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Die Europaabgeordnete Gabriele Bischoff verrät, was sie besorgt.



Das Gespräch führten Paul Ahle und Lucas Blum

EU-Parlament. Auf der SIMEP 2023 war die Europaabgeordnete Gabriele Bischoff zu Gast. Im Interview äußerte sie sich unter anderem zu künftigen EU-Reformen, den Europawahlen, China-Sanktionen sowie zu ihrer Motivation und ihren Erfolgen als Europaabgeordnete.

Frau Bischoff, vor zwei Tagen wurde über die Reform zu den EU-Verträgen abgestimmt, an denen Sie mit einigen Kollegen gearbeitet haben. Und sie wurde verabschiedet. Was bringt diese Reform?

Gabriele Bischoff: Wir haben vor zwei Jahren ein großes Teilnahmeprojekt mit 800 Bürger*innen aus ganz Europa gestartet, die ein Jahr zusammen gearbeitet haben und Vorschläge vorgelegt haben, wie die EU verbessert werden kann. Die Kommission hat viele der Vorschläge, die einzelne Politikbereiche betroffen haben, in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Wir als Parlament haben uns vor allem die Vorschläge angeschaut, die auf Vertragsänderungen abzielen und mit unseren Vorschlägen konkrete Vertragsänderungen formuliert. Zum Beispiel haben die Bürger*innen gesagt: Wir wollen die Einstimmigkeit in fast allen Politikbereichen abschaffen. Aber gleichzeitig sicherstellen, dass die kleinen Länder dabei nicht unter die Räder geraten. Das lässt sich auf dem Papier erstmal knackig formulieren. Schwieriger ist die Umsetzung. Das ist unsere Aufgabe als Parlament. Wir haben beispielsweise vorgeschlagen, dass wir in vielen Politikbereichen nicht mehr einstimmig abstimmen, sondern stattdessen mit einer einfachen Mehrheit und einer qualifizierten Mehrheit, wie wir es jetzt schon haben. Zusätzlich soll es eine Art super-qualifizierte Mehrheit geben, bei der dann 4/5 der Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, die gleichzeitig 50 % der europäischen Bevölkerung repräsentieren, dies

würde eine höhere Hürde bedeuten. Damit könnten aber nicht mehr ein oder zwei Länder ganze Entscheidungen verzögern oder verhindern. Wir haben in unserem Vorschlag auch die Beteiligung des Parlaments gestärkt und ein Initiativrecht für das Parlament gefordert. Bislang legt nur die Europäische Kommission die Gesetzentwürfe vor. Das würden wir gerne ändern. Und wir haben mit der Klimakrise eine riesige Transformation zu bewältigen. Hier wollen wir, dass die EU die Kompetenz erhält, eine faire und sozial gerechte Transformation zu organisieren. Ein weiteres Ergebnis der Zukunftskonferenz war eine sogenannte soziale Fortschrittsklausel. Auch diese ist durchs Parlament gekommen, um wirtschaftliche Freiheiten und soziale Grundrechte besser auszubalancieren. Es geht also um eine ganze Reihe von Vorschlägen, damit Europa schneller agieren, zügiger Beschlüsse fassen kann und das Parlament in mehr Bereichen demokratische Kontrolle über die EU-Kommission ausüben kann.

Kommen wir zur EU Verfassung. Wie stehen Sie dazu? Muss eine solche Verfassung vielleicht sogar eine Priorität sein, in diesen aufgeladenen Zeiten?

Ich habe damals, 2005, in der Ständigen Vertretung Deutschlands gearbeitet und den Prozess des Verfassungskonvents sehr eng mitverfolgt. Ich fand es schade, dass die europäische Verfassung am Veto einzelner Mitgliedsstaaten gescheitert ist. Ich hoffe, dass es uns jetzt gelingt, einen Konvent einzuberufen, um Europa zukunftsfähig zu machen. Viele Bereiche, in denen wir Einstimmigkeit haben, funktionieren schon heute mit 27 Mitgliedsstaaten nicht, oder es dauert ewig, sich zu verständigen. Wenn man sich vorstellt, es würden noch weitere acht oder neun Länder neu beitreten, würde es überhaupt nicht mehr funktionieren.

Jetzt steht die Europawahl kurz vor der Tür. Können Sie uns die EU in drei Worten beschreiben?

Sicherheit, Freiheit und Frieden.

Haben Sie Sorge, dass über die

sozialen Netzwerke die Wahl beeinflusst werden könnte – gerade von rechtspopulistischen Strömungen?

Ich denke, dass die großen digitalen Plattformen, also auch die sozialen Netzwerke, viel stärker reglementiert werden müssen, was die Inhalte anbelangt. Wir haben inzwischen viele Vorschläge gemacht, um zu verhindern, dass fremde Regierungen auf europäische Wahlen Einfluss nehmen. Wir brauchen einen Rechtsrahmen, um die sozialen Medien weiter gut nutzen können, ohne dass sie “Wild-West” sind wie heute - und ohne menschenverachtenden Hass, der dort immer weiter verbreitet werden kann.

Hat Social Media einen besonderen Einfluss auf die jungen Wähler*innen?



Gabriele Bischoff im Interview mit unseren Reportern.



Gabriele Bischoff im Gespräch.

Quelle: T. von dem Berge

Auf jeden Fall. Wir sehen überall in unserem Umfeld, dass das passiert, insbesondere auf bestimmten Medienkanälen. Und deshalb brauchen wir auch als Europäische Union hier eine gute Strategie; da sind auch die Parteien gefordert.

Haben Sie einen Rat an die Neuwähler*innen für die Europawahlen?

Junge Menschen sollten verstehen, dass es ihr Europa ist und dass Europa auch scheitern kann. Umso

wichtiger ist es, sich anzuschauen, für welche Inhalte die Parteien stehen. Und Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen. Noch besser wäre natürlich, es würden sich noch mehr junge Menschen in Parteien einmischen und mitdiskutieren.

Auf der SIMEP 2023 beschäftigen sich die Parlamentarier*innen mit den europäischen Handelsbeziehungen zu China, einem Staat, dem unter anderem schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Welche Bedeutung hat China als globaler Player für die EU?

Wir müssen festhalten: China ist einer der wichtigsten globalen Player. Und was wir nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine schmerzhaft erfahren haben, ist, dass wir zu abhängig sind von China. Die Europäische Union arbeitet daran, in allen Sektoren strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und zu analysieren, bei welchen Produkten wir allein von China abhängig sind. Ziel ist es, die Lieferketten zu diversifizieren. Ich sage deutlich: Die EU braucht eine einheitliche China-Strategie. Nicht jedes Land darf

einen eigenen Kurs verfolgen. Es gibt Mitgliedsstaaten, in die China nach der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 sehr systematisch investiert hat und sich darüber auch bereits Einfluss gesichert hat.

Sollten wegen der nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen gegen China verhängt werden?

Wir haben uns als

Parlament in Bezug auf die Uiguren immer sehr stark gemacht. Wir haben dazu sehr gute Resolutionen mit großer Mehrheit verabschiedet.

... das heißt?

Wir haben uns eingesetzt, dass wir keine Produkte kaufen, die unter Zwangsarbeit hergestellt werden und dazu auch Gesetze auf den Weg gebracht.

Sanktionen gegen China können zu Problemen führen, beispielsweise mit Blick auf die Ziele des

Pariser Klimaschutzabkommens, die die Weltgemeinschaft nur gemeinsam erreicht. Sehen Sie eine Gefahr, durch Sanktionen einen wichtigen Partner hier zu verlieren?

Europa muss verstehen, dass wir es uns gar nicht leisten können, uns völlig von China zu entkoppeln. China ist führend beispielsweise bei Photovoltaik. Bei den erneuerbaren Energien hatten wir in den

„Ich sage deutlich: Die EU braucht eine einheitliche China-Strategie. Nicht jedes Land darf einen eigenen Kurs verfolgen.“

Gabriele Bischoff

letzten Jahren große Verlagerungen der Produktion nach China, durch die wir jetzt hohe Abhängigkeiten haben. Genau das meinen wir mit strategischer Autonomie, dass wir diese Abhängigkeiten systematisch reduzieren müssen.

Was motiviert Sie eigentlich, sich auf europäischer Ebene als Politikerin einzusetzen?

Es ist für mich ein echtes Privileg, daran mitzuarbeiten, dass es beispielsweise bessere Arbeitsbedingungen gibt; dass wir weniger Tote haben, die in ihrem Arbeitsbereich mit giftigen Stoffen zu tun haben und dadurch sterben. Dass wir für gute Regelungen sorgen, dass beide Eltern Erziehungszeiten nehmen können, wenn sie Kinder bekommen. Und es ist toll, das alles zusammen in Europa zu machen.

Was war für Sie die wichtigste Reform der letzten Jahre?

Ich bin wahnsinnig stolz, dass wir es geschafft haben, ein Gesetz für arbeitsunfähige Mindestlöhne in Europa hinzukriegen. Dass wir sicherstellen, dass Menschen, die 40 Stunden arbeiten, auch Löhne bekommen, von denen man gut leben kann. Auch im Bereich des Verbraucherschutzes schaffen wir Standards. Gerade erst diese Woche haben wir ein Recht auf Reparatur durchgesetzt.

Und was war der größte Erfolg Ihrer politischen Karriere?

Ich arbeite immer noch an einem sehr dicken Brett – seit 2019 schon. Alle Menschen, die in einem anderen EU-Land als ihrem eigenen als EU-Bürger leben und arbeiten, sollen ihre sozialen Rechte quasi in einer Tasche mitnehmen können – über die Grenzen hinweg. Das ist bislang nicht gelungen.



Spannende Gespräche.

Quelle: T. von dem Berge

Auch hier auf der SIMEP wurde betont, wie wichtig die Europäische Union für unsere Generation ist. Wie sinnvoll finden Sie solche Politik-Simulationen?

Ich finde es einfach eine coolere Art und Weise, als sich irgendwie von Politiker*innen oder Lehrer*innen beschallen zu lassen - darüber, wie viele Institutionen es gibt und wie der Gesetzgebungsprozess läuft. Da schalten alle ab und denken: “Oh, das ist ja super komplex”. Der viel bessere Weg ist, sich in die Rolle von Abgeordneten hineinzuversetzen, dass man unterschiedliche Länder repräsentiert, und so einen Prozess selbst organisiert. Ich bin sehr beeindruckt davon, wie professionell die Jugendlichen hier agieren.

Abschließend, geben Sie uns noch eine lustige Anekdote aus dem EU-Parlament mit.

Ich muss kurz überlegen, was eine Anekdote ist, die man auch öffentlich erzählen kann... Sie müssen sich das so vorstellen, dass man die Leute, mit denen man im Parlament zusammenarbeitet - in den Ausschüssen, aus den verschiedenen Fraktionen - sehr gut kennenlernt. Einer meiner Kollegen hat ein Weingut in Italien. Wir haben mal den Wein probiert, ob der auch gut ist. Solche Zusammenkünfte sind wichtig im Parlament, weil man wahnsinnig viel Zeit miteinander verbringt. Es gibt aber auch Kolleg*innen, wo man echt keinen Bock hat, auch nur ein Glas Wasser mit ihnen zu trinken. Für weitere lustige Anekdoten würde ich die neue Staffel von “Das Parlament” empfehlen.

Vielen Dank für das Gespräch.

EU-Armee – Glanzidee oder Risiko?

Statt 27 nationalen Armeen nur noch eine europäische: Die Idee gemeinsamer Streitkräfte ist Jahrzehnte alt. Nun diskutiert das EU-Parlament darüber.



Ein Bericht von Alea Kaschel, Marlene Frisch und Marla Adler

Europäische Armee Die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee erhält wieder Aufwind: Das EU-Parlament diskutiert über einen Entschließungsantrag, der unter anderem einen Zusammenschluss europäischer Streitkräfte vorschlägt.

Der Antrag sieht eine generelle Reform der EU vor – Veränderungen im Wahlrecht, Mehrheitsentscheidungen und eine Reform der länderübergreifenden Außen- und Sicherheitspolitik. Was am Samstag im Parlament heftige Debatten auslöste: Der ursprüngliche Antrag fordert eine gemeinsame europäische Armee, die sämtliche nationale Armeen ablösen soll.

Derzeit leben Deutschland und viele weitere EU-Länder unter dem nuklearen Schutzschild der USA als NATO-Partner. Dieser Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten will die EU jetzt entgegenwirken. Ein Verteidigungsbündnis in Form einer gemeinsamen europäischen Armee ist naheliegend.

Diese Armee wäre ein Zusammenschluss von allen 27 Mitgliedsstaaten. Die Idee war zuletzt unter anderem von dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron eingebracht worden und ist auch ein Teil der EU-Reform. Doch sorgt sie, wie so oft bei Themen rund um die Verteidigungspolitik, bei den Parteien im Europäischen Parlament für kontroverse Diskussionen.

Die Europäische Linke (GUE/NGL) lehnt die Idee ab. Sie wollen nicht einzelne Länder verpflichten, bei Konflikten anderer Mitgliedsstaaten involviert zu werden. Für sie stehen Pazifismus und die EU als Friedenskonzept im Vordergrund. Wie sie sich jedoch militärisch unabhängig von den USA machen wollen, ließen sie gegenüber dieser Redaktion unkommentiert.

Die S&D-Fraktion, der unter anderem die SPD angehört, will eine europäische Armee einführen – aber nicht sofort. Nationale Armeen wollen die Sozialdemokraten langfristig beibehalten. Hier würden

für Deutschland dann Kosten für Verteidigung auf nationaler, EU- und NATO-Ebene entstehen. Einen konkreten Zeitpunkt für den Aufbau eines EU-Militärs hat die Fraktion am Samstag nicht genannt, genauso wenig einen genauen Plan zur Finanzierung.

Vor allem die Renew Europe Fraktion (FDP) befürwortet ein solches europäisches Militärbündnis und hat schon konkretere Vorstellungen: Die Streitkräfte sollten ihrer Meinung nach die EU-Außengrenzen schützen. Gleichzeitig will Renew die nationale Souveränität bewahren. Deshalb wollen sie die nationalen Armeen beibehalten. Zur Finanzierung sollen 100 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt verwendet werden.

Die anderen Parteien befürworten den Antrag der Renew Europe Fraktion. Dann könnte eine solche Armee allerdings eine kostspielige NATO-Kopie werden. Obwohl Deutschland es in der NATO nicht einmal schafft, das vorgeschriebene Budget von zwei Prozent seines Haushalts für die NATO zu leisten.

Von der EVP-Fraktion, der

CDU und CSU angehören, kommt Kritik und die Frage, wer die Macht über eine solche Armee haben sollte. Auch wollen sie keine geschwächte nationale und gleichzeitig eine europäische Armee haben. Nach Informationen dieser Redaktion starteten EVP und die Linke am Samstag, kurz vor der Abstimmung im Plenum, den Versuch, den Vorschlag aus dem Antrag zu streichen.

Sollte die EVP es schaffen, mit den Linken und der EKR, den konservativen Reformern im EU-Parlament, auf einen Nenner zukommen, ist es wahrscheinlich, dass die Forderung nach einer europäischen Armee nicht verabschiedet wird.

Die EKR will den Vorschlag ganz streichen, um die nationalen Armeen zu behalten und auszubauen. Die Idee einer gemeinsamen EU-Armee ist nicht neu: Bereits zu Beginn der 1950er-Jahre machte der französische Ministerpräsident René Ple-

ven einen Vorschlag für eine Europa-Armee unter dem Kommando eines europäischen Verteidigungsministeriums (Pleven-Plan). Über die konkrete Ausgestaltung dieser Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde daraufhin vier Jahre lang verhandelt.

Der Gedanke einer supranationalen Armee scheiterte 1954 letztendlich an einer fehlenden Mehrheit im französischen Parlament. In den USA begann sich gleichzeitig der Gedanke zu festigen, eine europäische Verteidigungstreitmacht unter Führung der NATO aufzubauen.

Aus den USA kommen heu-

te eher zurückhaltende Töne. Das Thema sorgt für Konflikte: Der ehemalige US-Präsident Donald Trump etwa nahm den Vorschlag von Macron mit Skepsis wahr. Die US-Regierung fürchtet, dass eine gemeinsame Armee die NATO schwächen könnte und ist nicht bereit, den militärischen Oberbefehl der NATO mit einer möglichen europäischen Armee zu teilen.

Im Bezug auf den Ukraine-Krieg könnte eine solche Armee, die aufgebaut werden soll, um die Sicherheit zu stärken, bei der russischen Regierung das Gegenteil bewirken. Die russische Regierung sieht schon die NATO und Ausweitung dieser als Bedrohung an. Wie Russland auf eine neue, große Armee in der Nähe seiner Grenze reagieren würde, kann man nur vermuten.

Solange der Ukraine-Krieg andauert, wäre es sehr unwahrscheinlich, dass auch die Ukraine selbst der EU-Armee beitrete. Es würde ein Weltkrieg drohen.

Die hitzigen Debatten im Parlament zeigen, dass eine EU-Armee wohl erstmal Zukunftsmusik bleibt. Nicht nur war bis Redaktionschluss unklar, ob der Beschluss als solcher im Parlament durchkommt; es bräuchte auch die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat. Im Parlament zeichnete sich am Samstagnachmittag eine Mehrheit gegen den Vorschlag einer EU-Arme ab. EVP, GUE/NGL und EKR könnten den Entschluss gemeinsam kippen. Sprecher der drei Fraktionen bestätigten auf Anfrage, dass sie gemeinsam gegen den Vorschlag stimmen wollen. In diesem Falle wird der Reformvorschlag komplett gestrichen.

„Wir vertreten klar die Ansicht, dass etwas wie das Militär nicht unter das europäische Aufgabengebiet fällt.“

EKR



Abgeordnete debattieren hitzig über die EU-Armee.

Quelle: T. von dem Berge

Kompromisse in Hinterzimmern.

Verteidigung und Chinapolitik sorgen bei der 23. SIMEP zunächst für großen Streit. Trotzdem kommen Kompromisse zustande, vor der Presse herrscht nahezu Einigkeit. Eine Rekonstruktion.



Eine Reportage von Josef Pfundt und Liam Schöngraf



Verhandlungen Produktive Zusammenarbeit, große Kompromissbereitschaft, Zufriedenheit mit Ausschusssitzungen. Wenn Pressesprecher*innen solche Phrasen äußern, denken die Zuhörer*innen zunächst an eine unkomplizierte – geradezu harmonische – Entscheidungsfindung. So auch während einer SIMEP-Pressekonferenz am Samstag. Die Differenzen bleiben durch geschicktes Antworten zwar im Hintergrund, dennoch kommen sie immer wieder an die Oberfläche.

Am Freitag und Samstag hat im Berliner Abgeordnetenhaus die 23. SIMEP stattgefunden, die 150 Teilnehmer*innen diskutierten in ihren Ländergruppen und den verschiedenen Fraktionen zahlreiche Änderungsanträge. Vor allem die wirtschaftliche Beziehung zu China und die Frage nach einer gemeinsamen EU-Armee sorgen für Meinungsverschiedenheiten bis hin zu Streit. Bereits bei der Einführung im Plenarsaal sind erste Gespräche über die Kriegssituation im Nahen Osten zu hören. Aus der angespannten Atmosphäre und den verschiedenen Ausdrücken auf den einzelnen Gesichtern, die zum Teil entschlossen ihre Ablehnung oder Zustimmung zeigen, lässt sich die Diskussionsfreudigkeit der Abgeordneten bereits erahnen.

Nach der Einführung strömen die Abgeordneten in die Ländergruppen-sitzungen. Dort beraten sie die Themen zunächst allgemein und entwickeln länderspezifische Positionen zu den Entschließungsanträgen. Hier gibt es aufgrund der unterschiedlichen Fraktionszugehörigkeiten erste Differenzen, vor allem in Bezug auf Themen, die über Ländergrenzen hinaus gehen – so etwa die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu China. Trotz der verschiedenen Positionen kommt es in jedem Länderaus-schuss zu einer groben Meinungsbildung.

Vereinzelt Kopfschütteln Deutlich einheitlicher ist das Stimmungsbild bei den Fraktionen. Innerhalb der ersten Fraktions-sitzung der sozialdemokratischen S&D herrscht nach einer spürbaren Eingewöhnungsphase eine lockere, aufgeweckte Stimmung. Mit den Ergebnissen der Vertreterwahlen sind fast alle einverstanden, nur bei zwei Teilnehmer*innen kommt es zu Kopfschütteln. Bei der liberalen RENEW Europe läuft es ähnlich. Allerdings befindet sich die Fraktion aufgrund der zahlreichen Beiträge vieler engagierter Abgeordneter etwas hinter dem Zeitplan. Auch in der Fraktionssitzung der linken GUE/NGL verläuft die Arbeit recht effizient. Der festgelegte Ablauf und die auffällig schnelle Kompromissbildung innerhalb der Fraktion erweisen sich hier als hilfreich. Bei der ersten Besprechung und Meinungsbildung zu den einzelnen Änderungsanträgen sind sich alle recht einig. Allgemein ist man einer Kooperation mit verschiedenen Fraktionen, hauptsächlich der EFA (Grüne), positiv eingestimmt, um sich Stimmen in der endgültigen Abstimmung zu sichern. Für Unstimmigkeiten sorgen hier nur Details im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Bei der konservativen EVP läuft es etwas anders. In der Besprechung und vor allem der Abstimmung zu einigen Änderungsanträgen gibt es viele geteilte Meinungen. Das zeigt sich hauptsächlich im Großteil der Abstimmungsergebnisse, wo eine ausgewogene Verteilung der Stimmen herrscht: dafür, dagegen, Enthaltungen. Allerdings

herrscht auch hier eine ruhige und respektvolle Stimmung. Die ersten Fraktionssitzungen skizzieren eine konstruktive Zusammenarbeit: mit großer Diskussionsfreudigkeit und viel Beteiligung am Gespräch. Bei der Fraktionssitzung der Grünen teilen sich die Abgeordneten in ihre einzelnen Arbeitsausschüsse auf, besprechen dort die Änderungsanträge gemeinsam. Im Grünen-Plenum sind dann auch Abgeordnete der Linken zu Besuch, um Kompromisse zu einzelnen Punkten zu finden. Hierbei steht hauptsächlich die Positionierung gegen China aufgrund der starken Menschenrechtsverletzungen im Fokus.

In der ersten Pressekonferenz, die den ersten SIMEP-Tag abschließt, wird schnell klar, dass die Einigkeit in den Fraktionen nicht für das Plenum gilt. In vielen Änderungsanträgen unterscheiden sich die Meinungen der einzelnen Parteien deutlich. „Wir stimmen mit einigen Punkten nicht überein, sind aber bereit, Kompromisse zu schließen“, heißt es vom Pressesprecher der nationalkonservativen EKR. Im Kontrast dazu fällt auf, dass die GUE/NGL „sehr zufrieden mit den Beschlussvorlagen“ sind. Einige Lacher lockern die Atmosphäre auf.

Außenpolitik polarisiert Der folgende Tag wird mit den Ausschusssitzungen eröffnet. Im AFET-Ausschuss, der sich mit der Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt, gibt es viele Diskussionen und Ideen für Änderungen aus den



Pressesprecher vertreten ihre Fraktionen.

Quelle: T. von dem Berge

einzelnen Fraktionen, bei denen sich besonders die linken Fraktionen durch zustimmendes Klopfen gegenseitig unterstützten.

China und die gemeinsame EU-Verteidigung kristallisieren sich als die Themen heraus, die noch für große Diskussionen sorgen dürften. Grundsätzlich herrscht eine ruhige und respektvolle Stimmung auf der Verhandlungsebene, die sich allerdings im Verlauf des Punktes zu einer gemeinsamen Armee der EU zu einer „hitzigen Diskussion entwickelte“, heißt es von einer Teilnehmerin. Die Abgeordnete der Grünen habe „im Verlauf der Zusammentragung die Motivation“ verloren, „weil auf einige Vorschläge der EFA kaum eingegangen wurde.“ Außerdem beklagt sie eine „ungleiche Verteilung der ‚Tiefe‘ der Änderungsvorschläge“, die zu Unzufriedenheit geführt habe.

Erste Zwischenergebnisse gibt es bei der zweiten Pressekonferenz, die sich stark von der ersten unterscheidet. Plötzlich sprechen alle Beteiligten von einer guten Zusammenarbeit, zufriedenstellenden Ergebnissen und zahlreichen Kompromissen. Alle Pressevertreter*innen äußern in ihren Eingangsstatements eine Zufriedenheit mit den Ausschussverhandlungen sowie große Kompromissbereitschaft.

Doch im Laufe der Konferenz wird auch hier schnell klar, dass sich vor allem beim Thema einer gemeinsamen europäischen Armee die Meinungen nach wie vor stark unterscheiden. Das macht sich durch das Kopfschütteln einiger Sprecher*innen bemerkbar, beispielsweise bei Antworten der EKR. Generell wird wenig auf konkrete Kompromisse eingegangen, auch nicht auf Nachfragen. Die ähnlichen Antworten und Meinungen der GUE/NGL weisen jedoch auf eine Zusammenarbeit der beiden Fraktionen hin.

Die eigentlichen Verhandlungen finden aber im Hinterzimmer statt. Wie die Redaktion erfährt, verbünden sich ausgerechnet die linken GUE/NGL mit der konservativen EVP. Es eint sie das gemeinsame Ziel, eine europäische Armee zu verhindern. Die Grünen äußern sich interessanterweise für die Armee – weil sie supranationale Projekte gut finden.

Zum Ende der 23. SIMEP werden sich die Abgeordneten in der Plenardebatte auf gemeinsame Linien einigen. Welche Kompromisse wirklich geschlossen wurden und wie bedeutend sie für die Entscheidungsfindung waren, wird sich dann erst im Nachhinein zeigen.